

Reorganisation die weiblichen Vertrauenspersonen beibehalten werden. Ein großer Teil der Hamburger Parteigenossen ist der Meinung, daß diese Beibehaltung nur um deswegen so sehr gewünscht wurde, um, wenn man von der allgemeinen Organisation kein Mandat erhalten würde, sich von der Frauenversammlung ein Mandat ausstellen zu lassen. Das habe ich auch Frau Zieg gesagt. Sie fühlte sich dadurch allerdings schwer beleidigt. Trotzdem ist dies die Meinung vieler Hamburger Genossen. Man hat sich ein besonderes Mandat nach Paris ausstellen lassen von einer Frauenversammlung u. s. w. Dabei haben wir Hamburger uns gegenüber der Frauenarbeit nicht abgrenzen, verhalten. Wir haben die Genossinnen Zettin, Zieg, Waader und Buzenburg in Hamburger Versammlungen gehört. Wir haben sie schlecht und recht gehört, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte, wir haben sie so genommen, wie sie waren. (Große Geisterheit.) Rücksichtlich wird man uns nachher immer in schmeichelnden Trompetentönen verkünden, das seien die Erfolge der Frauen gewesen. Die Tätigkeit der Frauen ist bei der Delegiertenwahl von den Parteigenossen ganz richtig eingeschätzt worden. Wir konnten mit der Tätigkeit der Frauen unter keinen Umständen einverstanden sein. Himmel hat bereits gesagt, wie es mit der Tätigkeit der Frau Zieg aussieht. Frau Zieg, die Hamburger Vertrauensperson, kann ihre Stellung in Hamburg nicht ausfüllen, wenn sie sich auf den Triumphzügen ihrer Agitationsreisen durch Deutschland befindet. In einer Versammlung, die unter dem Druck eines Ereignisses stand, wie es glücklicherweise nicht alle Tage vorkommt, hat Frau Zieg versucht, im Trüben zu fischen. Wenn eine Verständigung zu Stande kommen soll, so muß dies auf ganz anderer Grundlage geschehen.

Singer erklärt, daß er heute, um möglichst allen vorliegenden Anträgen gerecht werden zu können, streng an der durch die Geschäftsordnung bestimmten Redezeit für die einzelnen Reden festhalten werde. Die vorliegende Frage möge doch etwas aus den rein lokalen Verhältnissen herausgehoben und mehr auf das Gebiet allgemeiner Gesichtspunkte hinübergeleitet werden.

Frau Zettin-Stuttgart: Ich befinde mich leider in der Lage, einiges ganz Lokales und Persönliches hier festzustellen. Ich muß gegen die Vorwürfe, die Genosse Roenen der Genossin Zieg machte, entschieden Verwahrung einlegen. Er hat schätzig gemeint, ihre Agitationsreisen seien ja wahre Triumphzüge. Wer da weiß, wie die Genossin Zieg arbeitet und die aufreibende und anstrengende Agitationsarbeit leistet (Sehr richtig!), der wird mir beistimmen, daß es nicht angebracht ist, in diesem wegworfenden Tone zu reden. Wer so fleißig ist und zu jeder Zeit so auf der Schanze steht wie die Genossin Zieg, der hat es wahrlich nicht nötig, sich einen Posten als Vertrauensperson zu schaffen, um zu einem Mandat zu kommen. Was nun den Antrag Zieg betrifft, so handelt es sich nicht darum, eine eigene weibliche Sonderorganisation zu schaffen, sondern nur einen Mittelpunkt für die agitatorische Kleinarbeit, damit wir die Frauen in die allgemeine Bewegung einführen können. Es handelt sich also nicht um eine weibliche Nebenregierung, um einen Weiberstaat im allgemeinen Staate, sondern nur darum, ein für die Organisation des weiblichen Proletariats geeignetes Organ zu schaffen. Die Eigenart des weiblichen Charakters, die Sonderstellung, welche die Frau im Hause einnimmt, verlangt, daß man ihr mit ganz anderer Kleinarbeit nachgehen muß als den Männern, die in den Anzeilen, Werkstätten u. s. w. zu fassen sind, während die Frauen, sobald sie Hausfrauen werden, davon ausgeschlossen sind. Auch die sozialdemokratischen Vereine werden erst dann mehr weibliche Mitglieder bekommen, wenn wir weibliche Vertrauenspersonen besitzen. Hamburg hat jetzt schon über 900 weibliche Mitglieder. Bedenken Sie, daß wir durch die Aufklärungsarbeit in den Versammlungen immer mehr Frauen werben, daß sich darunter Hunderte befinden, die den Mann im Kampfe um seine Ideale im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe nicht mehr zu hindern suchen

und daß unter den sozialdemokratischen Frauen Tausende sind, die ihre Kinder zu den Idealen des Sozialismus erziehen. Sie wehren dem Mann seinen schlimmsten Feind ab, der am häuslichen Herd in Gestalt der Frau sitzt. Bedenken Sie endlich, daß wenn wir die Kinder erobern, wir auch die Zukunft erobern. (Lebhafte Beifall.)

Stube-Hamburg: Die Behauptung der Genossin Zieg, daß die Hamburger sich in einer Versammlung ihrer Meinung angeschlossen hätten, ist unzutreffend. In der Versammlung wurde über den hier vorliegenden Antrag garnicht berathen. Ich halte den Antrag Zieg für ganz überflüssig, nur im Verein mit uns werden die Frauen etwas erreichen. Wir haben in Hamburg 900 organisierte Genossinnen, aber nur eine ganz kleine Zahl von ihnen betheiligt sich an der Agitation. In der Versammlung machen sie uns Vorwürfe, aber selbst mitarbeiten wollen sie nicht. Höhere Posten nehmen sie ja an, doch in kleineren Stellungen, z. B. die von Distriktsleitern, wollen sie nicht hinein. In Folge des Vorgehens der Frauen, die Versammlungen einberufen an denselben Tagen, wo wir Lesungen abhalten, hat sich in Hamburg schon eine Nebenregierung entwickelt. Wie kommt eigentlich Frau Zieg dazu, uns vorzuwerfen, daß wir die Frauenagitation nicht unterstützen? Ich kann nur bitten, die beiden vorliegenden Anträge abzulehnen und es bei der Resolution 72 von Mainz zu belassen. In Hamburg ist es bisher nicht zu Differenzen gekommen, man vermeide es daher, Differenzen heraufzubeschwören.

Ein Schlufantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Frau Zieg: Sie habe den Männern nicht mangelhafte Unterstützung der Frauen vorgeworfen. Gegen die Unterstellungen, sie lasse sich nur deshalb vor weiblichen Vertrauenspersonen wählen, um ein Mandat zum Parteitag zu erhalten, müsse sie sich entschieden verwahren. Auf die übrigen persönlichen gehässigen Vorwürfe zu antworten, halte sie unter ihrer Würde. (Bravo!)

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Zieg (89). Der Antrag Himmel (127) ist dadurch erledigt.

Weitere Anträge zu Punkt 9 liegen nicht vor.

Es folgt Punkt 10: „Sonstige Anträge“.

Singer schlägt vor, die vorliegenden Anträge folgendermaßen einzulassen: a) Parteipresse, b) Agitation, c) Alkoholfrage, d) Tagesordnung des nächsten Parteitages, e) Ort des nächsten Parteitages. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Punkt „Parteipresse“ liegen vor die Anträge 32, 37, 38, 39, 42, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58a, 81, 82, 89, 94. Antrag 81 erledigt sich dadurch, daß bereits jetzt entsprechend verfahren wird.

Zu Antrag 89 (Wiegung der „Neuen Welt“ für Neuf a. L.) erklärt Ruffer zur Geschäftsordnung, daß die Parteigenossen von Neuf in ihrer Gesamtheit von diesem Antrag durchaus nichts wissen. Der Antrag findet keine Unterstützung.

Unterstützt werden die Anträge 37, 39, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55 und 94.

Antrag 37 (Unterstützung der „Gazeta Ludowa“) wird begründet von Gogowski-Posen: Wir sind unseren polnischen Genossen schuldig, ihnen das vorliegende Agitationsmaterial, z. B. das auf dem Parteitag gebotene, in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen. Das wird nur möglich durch eine finanzielle Unterstützung, wie sie dieser Antrag verlangt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Rebel: Ich bitte den Antrag dem Parteivorstand zur Ervägung zu überweisen und nicht zu beschließen, daß dies Blatt, die „Gazeta Ludowa“, unter allen Umständen unterstützt werden müsse. Sie haben aus den Ausführungen

Kuer's entnommen, zu welchen Konsequenzen es führen könnte, wenn wir noch Blätter unterstügen. Ich wünsche nur, daß für den Fall, daß die angennommene Bölenresolution zu keinem Resultat, zu keiner Verständigung führen sollte, alsdann der Parteivorstand die Möglichkeit habe, sich in dem neugegründeten Polensorgan ein Organ zu verschaffen, das die Richtung, die der Parteivorstand in dieser Frage vertritt, zur Geltung bringen kann. Aber nur für den Fall, daß eine Verständigung nicht erzielt werden kann, wollen Sie den Antrag zur Erörterung überweisen.

Winter-Deutchen: Ich bin der Meinung, daß wir die Erledigung der ganzen Angelegenheit auf die bevorstehende Konferenz über die polnischen Angelegenheiten verlegen müssen und daß dieser Antrag am besten dem Parteivorstande übergeben wird zur Erledigung auf dieser Konferenz. (Singer: Das ist ja eben beantragt.) Dann ziehe ich diesen Antrag zurück.

Antrag 37 wird entsprechend dem Vorschlage Nebel's dem Parteivorstand zur Erörterung überwieſen.

Den Antrag 39 (Lieferung von Reichstagsberichten) begründet

Koll-Karlstraße: Die Provinzpresse ist nicht in der Lage, einen den Wünschen der Genossen entsprechenden Parlamentsbericht zu bringen. Wir zum Beispiel müssen den telegraphischen Bericht aus einem bürgerlichen Blatt abstrahieren. Auf die Dauer geht das nicht, ich bitte deshalb, den Antrag dem Parteivorstand zur Erörterung zu überweisen. Für selbstverständlich halte ich es, daß die Provinzpresse für die Kosten aufkommt.

Der Antrag 39 wird dem Parteivorstand zur Erörterung überwieſen.

Zur Begründung des Antrages 47 (Umwandlung der „Neuen Zeit“ in eine Monatschrift) führt

Koll-Karlstraße aus, daß die Klagen über die „Neue Zeit“ in der Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß sie nicht genügend erscheint. Diese Erscheinungsweise entspreche in keiner Weise mehr den Bedürfnissen der Zeit. Der Leserkreis lasse sich nicht mehr ausdehnen, weil das Blatt für das Gros der Genossen viel zu theuer sei. Wenn es den Bedürfnissen mehr entsprechen werde, wie das bei den „Socialistischen Monatsheften“ der Fall sei, dann würde es auch gelingen, mehr Abonnenten zu gewinnen, was es andererseits wieder ermöglichen würde, mehr zu bieten. Es schein auch, daß in der Redaktion mehr geparkt werden könne und daß die Redaktionskosten in keinem Verhältnis zu dem Leistungen stünden.

Kantstr.-Berlin: Ich habe den Antrag unterstützt, bitte aber, ihn abzulehnen. Die Unterstützung habe ich nur deshalb gewährt, um Gelegenheit zu haben, auf die Redaktionsverhältnisse der „Neuen Zeit“ einzugehen. Es sind hier Stimmen laut geworden, unser Redaktionsetat sei zu hoch, es ist ein Vergleich zwischen unserem Etat und dem der „Socialistischen Monatshefte“ gezogen worden. Ja, es wurde sogar in auffälliger Weise Aufklärung verlangt über die Verhältnisse der „Neuen Zeit“. Würde ich diese Auskunft verweigern, so könnte der Anschein erweckt werden, als hätten wir Veranlassung, irgend etwas zu verheimlichen. Unser Redaktionsetat beträgt 10 400 M. pro Jahr, davon entfallen 3000 M. auf Mehring, 2400 M. auf Bumm und 5000 M. auf mich. Der Gehalt von Mehring müßte eigentlich auf den Mitarbeiter-Etat gelegt werden. Wohl wirkt Mehring in dankenswerther Weise an der Redaktion mit, aber der Haupttheil seiner Thätigkeit liegt in den Berliner Briefen. Es ist gesagt worden, gerade die regelmäßigen Mitarbeiter belasten die „Neue Zeit“ sehr. Dieser Vorwurf soll hoffentlich nicht seine Spitze gegen die Tendenz von Mehring richten. Es wäre etwas ganz Neues, wenn man die politischen Tendenzen eines Parteigenossen in der Weise bekämpfen wollte, daß man ihm den Vorkopf höher hängt. Finden Sie aber das Gehalt von Mehring zu

hoch, so richten Sie damit einen indirekten Vorwurf auch gegen diejenigen Genossen, die früher unsere regelmäßigen Mitarbeiter gewesen sind. (Rausch! Rausch!) Ich werde sie nennen; es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß zu unseren regelmäßigen Mitarbeitern auch Nebel gehört, der angeblich für zwei Artikel jährlich 3000 M. bekommen soll, also für jeden Artikel 1500 M. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich in der Lage wäre, Nebel jeden Artikel mit 1500 M. honorieren zu können, ich würde es auch nicht als Schande ansehen, wenn Nebel regelmäßiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ wäre; aber er ist es nicht, er hat nie einen Pfennig Gehalt bezogen, ja er hat sogar niemals einen Pfennig Honorar für seine Artikel bekommen. (Hört! hört!) Die anderen beiden, die als regelmäßige Mitarbeiter genannt sind, sind Bernstein und Schäppel. Sie haben das gleiche Gehalt bezogen wie Mehring, und wer das Gehalt von Mehring zu hoch findet, der richtet damit indirekt einen Vorwurf gegen Bernstein, denn Sie werden doch nicht zugeben wollen, daß die Arbeit Mehring's quantitativ oder qualitativ hinter der Bernstein's zurücksteht. (Sehr wahr!) Die eigentlichen Redaktionsgeschäfte besorgt Bumm. Nun könnte man ja sagen, zwei Redakteure sind zu viel für eine Wochenchrift. Das wäre richtig, wenn wir nichts Anderes zu thun hätten, als dafür zu sorgen, daß jede Nummer regelmäßig erscheint und daß in ausreichender Zahl Manuskripte vorhanden sind. Aber unsere Zeit wird noch durch eine andere Thätigkeit in Anspruch genommen. Mehr und mehr hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß wer eine Broschüre schreibt, einen Vortrag halten oder sonst Aufklärung haben will, sich an die Redaktion der „Neuen Zeit“ um Rath wendet. Es ist vielleicht unvorsichtig, das hier auszusprechen, denn ich fürchte, es wird jetzt eine Fluth von Anträgen sich über uns ergießen. (Geisterzeit.) Die Redaktion der „Neuen Zeit“ hat sich zu einem Arbeitersekretariat, zu einem Studentensekretariat, ja sogar zu einem Doktorenskretariat, und ich kann Ihnen mittheilen — allerdings unter dem Siegel der Verschwiegenheit (Geisterzeit) — auch zu einem Professorenskretariat entwickelt, und unsere Thätigkeit erstreckt sich nicht nur auf Deutschland. Die Bedeutung der „Neuen Zeit“ ist eine internationale, sie wird in allen Ländern gelesen, und aus allen Ländern kommen Anfragen an uns, namentlich seit dem Tode Liebknecht's. Aber damit ist die Thätigkeit der Redaktion noch nicht erschöpft. Könnten wir die Manuskripte einfach zurücksenden, so wäre es sehr bequem, aber wir sind doch nicht bloß Redakteure, sondern auch Parteigenossen. Die Redaktion hat auch die Aufgabe, einen schriftstellerischen Nachwuchs heranzubilden; diese unbrauchbaren Manuskripte stammen oft von jungen Leuten, die vorläufig nicht in der Lage sind, Brauchbares zu leisten, die aber sehr viel versprechen und benehen wir unter die Arme greifen müssen. Das ist eine sehr anstrengende und undankbare Aufgabe, undankbar, weil die jungen Leute oft nicht das halten, was sie versprechen. Namentlich mit den Studenten haben wir traurige Erfahrungen gemacht, sie werden Doktoren, Privatdozenten und dann kommt ihnen die wissenschaftliche Erkenntnis und was sie bei der Sozialdemokratie gelernt haben, benützen sie, um sie zu bekämpfen. Bumm hat außer seiner redaktionellen Thätigkeit auch noch eine Reihe von Beiträgen zu liefern, die nicht extra bezahlt werden. Mein Gehalt beträgt 5000 Mark. Ich gebe zu, eine ansehnliche Summe, aber wenn das Gehalt zu hoch ist, so bin ich nicht daran schuld, denn ich habe in den 28 Jahren, welche ich in der Partei thätig bin, niemals eine Forderung gestellt. Was mir gegeben ist, ist mir freiwillig gegeben worden, ich habe früher sehr gern für die „Neue Zeit“ für einen Monatsgehalt von 150 M. gearbeitet. Dieß hat mein Gehalt immer freiwillig erhöht. Aber die 5000 M. sind kein reines Honorar, es muß eine Reihe von Ausgaben daraus bestritten werden. Bücher und Zeitschriften werden mir nicht geliefert. (Hört! hört!) Auch einen Theil der Postkosten muß ich selbst bestreiten, ich bekomme jährlich 120 M. Postgelb, wir haben aber durch

schonlich 1000—1200 Briefe zu schreiben, darunter einen großen Theil Doppel- und Auslandsbriefe, ferner einige hundert Postkarten, Wücherpalete und Kreuzbandverbindungen. Ich muß vielleicht 150 R. jährlich auf die Porto-Entschädigung zulegen. Endlich werden auch meine Beiträge nicht besonders honorirt, auch sie fallen auf das Redaktionskonto. Die festen Gehälter aber, die wir beziehen, bilden die materielle Grundlage, die es uns ermöglicht hat, eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten zu leisten, das gilt natürlich auch für Schippel und Bernstein. Wissenschaftliche Arbeiten kann nur Derjenige liefern, der entweder Vermögen besitzt oder eine feste Stellung hat. Für uns kommen nur zwei Arten fester Stellungen in Betracht: Redaktion oder Gefängniß. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, zu welcher Art fester Stellung Sie die „Neue Zeit“ rechnen, aber jedenfalls bildet das feste Gehalt für Mehring und mich ebenso wie früher für Bernstein und Schippel die materielle Grundlage für die wissenschaftlichen Arbeiten. Wie Sie die wissenschaftlichen Arbeiten beurtheilen, weiß ich nicht; sind Sie der Ansicht, daß diese Arbeiten nur Spinnitzereien sind, so wäre es ganz überflüssig, unser Gehalt zu reduzieren. Dann sagen Sie uns lieber ab. Glauben Sie jedoch, daß unsere Thätigkeit von Nutzen ist, so sehe ich Ihrem Verstand mit Ruhe entgegen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Singer: Ich glaube, Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß es Pflicht des Parteitages war, sich über das Redaktionsbudget der „Neuen Zeit“ Klarheit zu verschaffen. Ich schlage deshalb vor, Kautsky von neuem zehn Minuten Redezeit zu gewähren, um sich über den Antrag selbst zu äußern. (Zustimmung.)

Kautsky (fortfahrend): Ich gehe nun zu dem Antrage über, die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift zu verwandeln. Dieser Antrag kann nach zwei Seiten hin verstanden werden. Entweder wollen Sie die „Neue Zeit“ billiger machen als sie jetzt ist, um sie mehr in die Massen zu bringen, oder Sie wollen sie bloß erweitern. Wollen Sie die „Neue Zeit“ verbilligen, so müssen Sie auch ihren Raum erheblich verkleinern; wir geben jetzt 4 Bogen um 50 Pf.; wenn der Preis der „Neuen Zeit“ 50 Pf. sein soll, so muß auch der Umfang der „Neuen Zeit“ als Monatschrift auf $4\frac{1}{2}$ Bogen beschränkt werden, in 4 Bogen aber kann man nicht viel leisten. Allerdings, früher hatte die „Neue Zeit“ als Monatschrift nur 3 Bogen, aber damals wurde sie ergänzt durch den „Sozialdemokrat“ in Zürich. Seit dem Eingehen des „Sozialdemokrat“ mußte die „Neue Zeit“ erweitert werden. Wir glauben, daß die „Neue Zeit“ am ersten in die Massen kommt durch eine Wochenausgabe, die nur 25 oder, wie es am Anfang war, 20 Pfennig kostet. Nun wird immer der Vergleich mit den „Sozialdemokraten“ gezogen, es wird gesagt, durch die Umwandlung der „Neuen Zeit“ in eine Monatschrift müsse sie ebenso interessant und mannigfaltig werden wie die „Sozialistischen Monatshefte“. Die „Sozialistischen Monatshefte“ erscheinen aber unter ganz eigenartigen Umständen, sie haben einen reichen Mann hinter sich, der ihr Defizit zahlt, während wir den Parteivorstand und den Parteitag hinter uns haben, der uns unser Defizit so viel wie möglich besparen will. Ich bitte also, die „Neue Zeit“ nicht mit den „Sozialistischen Monatsheften“ zu vergleichen. (Sehr richtig!) Ich meine nicht in Bezug auf den Inhalt, sondern geschäftlich. Sie würden erkaunen, wenn Sie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte“ kennen würden — ich kenne es auch nicht, aber ich kann rechnen. So groß wie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte“ werden Sie das Defizit der „Neuen Zeit“ auf keinen Fall machen wollen. Das Defizit der „Neuen Zeit“ ist eine Erscheinung, mit der Sie sich abfinden müssen und die Sie auf keinen Fall nervös machen darf. Das Defizit der „Neuen Zeit“ existirt so lange wie das Blatt selbst, auch alle übrigen wissenschaftlichen Zeitschriften machen Defizit. Die Wissenschaft ist eben in der heutigen Gesellschaft ein schlechtes Geschäft, auch das Handbuch von Schippel macht Defizit. Erst vor einigen Tagen äußerte ein Parteigenosse, der früher

Durchwähler war, sein Erstaunen über die Geringsfügigkeit des Defizits der „Neuen Zeit“. (Sehr richtig!) Wenn Reformvorschläge zur Verringerung des Defizits der „Neuen Zeit“ gemacht werden, so will ich als der erste freudig für solche Vorschläge eintreten, der vorliegende Antrag aber würde die „Neue Zeit“ entweder verkleinern oder das Defizit vermehren. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

b. Elm-Hamburg: Ich bin für den Antrag 47. Die Frage des Redaktions-etats der „Neuen Zeit“ hängt eng damit zusammen, ob es möglich sein wird, das Defizit wesentlich herabzumindern, wenn wir die „Neue Zeit“ monatlich erscheinen lassen. Sie haben auf die Anfrage, die seitens einiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, der Genossen Stedem, Paul Müller und meiner Person gestellt worden ist, jetzt durch die Rede des Genossen Kautsky die notwendige Aufklärung erhalten. Diese Anfrage hat bei einzelnen Parteigenossen hier große Entrüstung hervorgerufen. Ich kann hier nur zugleich im Namen der übrigen Fragesteller erklären: unsere Anfrage enthält durchaus kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und gegen die Redaktion der „Neuen Zeit“. Sie dient auch nicht der Absicht, von ihrem Redaktionsetat etwas herabzumindern. Aber wie es häufig auf Parteitagen geschieht: man dreht den Spieß um, man beschuldigt uns, daß wir Schuld am Defizit der „Neuen Zeit“ tragen. Selbstverständlich haben wir, die wir in der Debatte nicht mehr zum Wort gekommen sind, uns daraufhin die Anfrage erlaubt: wie steht es mit den Verhältnissen der „Neuen Zeit“? Die Erklärung, die wir erhalten haben, ist der Beweis, wie absolut unschuldig die Mitarbeiter der „Monatshefte“ an dem Defizit der „Neuen Zeit“ sind. (Sehr richtig!) Das klarzustellen, haben wir beabsichtigt. Wir haben uns weiter nach der Kontrolle des geistigen Inhalts der „Neuen Zeit“ erkundigt. Wie kann man sich entrüsten über eine solche Anfrage, wenn der Parteibericht kein Wort darüber enthält? (Stöße des Vorlesenden.)

Singer: Ich bitte den Redner, nicht auf bereits erledigte Dinge zurückzukommen. Wir verhandeln über die Frage, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift verwandelt werden soll. Ich habe Ihnen Gelegenheit gegeben, zu begründen, weshalb Sie die Anfrage gestellt haben. Damit ist die Angelegenheit doch erledigt.

b. Elm (fortfahrend): Ja, wir mußten auch danach uns erkundigen, wie die Kontrolle beschaffen ist. Es handelte sich bei unserer Anfrage nicht um einen Angriff gegen die Leitung der „Neuen Zeit“, sondern um die Absicht, Klarheit zu schaffen. Es ist durch Beantwortung unserer Anfrage nicht nur festgestellt, daß eine finanzielle Kontrolle der „Neuen Zeit“ nur durch den Parteivorstand erfolgt und nicht durch die Kontrolleure und daß die geistige Kontrolle nicht anders ausgebaut wird als wie auch bei den „Monatsheften“, nämlich durch die Masse der Parteigenossen. — Das Gehalt der Redakteure finde ich nicht zu hoch. Nur in anderer Beziehung erscheint mir eine Aenderung möglich. Wenn die Redakteure noch andere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten haben, so müssen sie dafür extra bezahlt werden, die Bezahlung kann nicht auf den Redaktionsetat übernommen werden. Wir thun überhaupt nicht genug auf diesem Gebiete, die Wissenschaftler in unseren Reihen müssen für ihre Arbeiten anständig bezahlt werden. Darunter verstehe ich nicht nur Kautsky, sondern auch andere Genossen, die nicht von der Partei durch eine Redaktionsstelle dotirt werden. Darüber sollte der Parteivorstand mit den Kontrolleuren einmal in Erörterung eintreten. Es ist auch nicht immer dienlich, Wissenschaftler zu Redakteuren zu machen. Kautsky ist gewiß ein bedeutender Mann auf dem Gebiete der Wissenschaft, ich möchte seine Arbeiten nicht entbehren. Aber trotz dieser wissenschaftlichen Befähigung ist Kautsky nach meiner Meinung ein schlechter Redakteur. (Oh!) Es ist hier viel geredet von einem Vorkott der „Neuen Zeit“. Ich habe mich nie geweigert, für die „Neue Zeit“ zu arbeiten. Wurm hat mich gestern aufgefördert und zwar

zum ersten Male in der richtigen Weise, indem er mir ein spezielles Thema sagte; ich habe da mit Freuden zugefagt. Wir sind ja keine berufsmäßigen Schriftsteller, wir müssen zum Arbeiten erst heranläßt werden, es muß uns nachgewiesen werden, daß gerade wir über eine bestimmte Frage schreiben müssen. Ich bin so beschäftigt, daß ich nur Nachts und Sonntags zum Schreiben die Zeit finde. Ich mache diese Arbeiten auf Kosten meiner Gesundheit, aber nicht des Geldes wegen. Eine Reihe Artikel für die „Monatshefte“ habe ich unentgeltlich geliefert. Wenn gute Mitarbeiter für die „Neue Zeit“ auf die jetzt angebotene Art gewonnen werden, dann würde die Sache ein anderes Gesicht bekommen, aber bis jetzt war weder Kautskly noch Wurm dazu zu bewegen. Dann kann die „Neue Zeit“ auch besser ausgestaltet werden. Ich bin für ihr Erscheinen als Monatschrift, weil sich so viel Besseres bieten läßt, dem wissenschaftlichen Bedürfnis kann durch eine Monatschrift weit besser Rechnung getragen werden als durch eine Wochenschrift.

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat eben den Versuch gemacht, Ausführungen Elms, die direkt Ausführungen Kautskly's betrafen, zu verhindern; sollte es beabsichtigt sein, die Besprechung der Ausführungen Kautskly's nicht zuzulassen, so könnte ich das nicht als eine unparteiische Geschäftsführung ansehen. (Unruhe.)

Singer: Ich finde es sehr erstaunlich, daß Dr. David über Dinge, die garnicht geschehen sind, hier ein Urtheil abgibt. (Sehr richtig!) In der Sache habe ich den Genossen v. Elm in keiner Weise verhindert, auf die Ausführungen Kautskly's einzugehen (Sehr richtig!), ich habe nur verhindert, daß auf eine abgethane Sache in einer Weise wieder eingegangen wird, die die Zeit des Parteitag's wesentlich beeinträchtigt, seine Zeit, die er nicht ausschließlich einer Frage, die eine Reihe werthvoller Parteigenossen besonders interessiert, widmen kann, sondern allen Anträgen, die vorliegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Schlußantrag findet nicht genügende Unterstützung.

Fischer-Hannover: Auf vielen Seiten wird das Bedürfnis gefühlt, die „Neue Zeit“ mehr in den Kreisen der Arbeiter zu verbreiten, denen die Kenntnis wissenschaftlicher Artikel wirklich nichts schadet; ihre Verbreitung ist leider sehr beschränkt, die Ursache liegt darin, daß viele Artikel der „Neuen Zeit“ zu wissenschaftlich gehalten sind. Wären sie populärer, so würde das nicht schaden, die Hauptsache aber ist, daß die „Neue Zeit“ zu theuer ist. 13 Mark pro Jahr ist zu viel, daß eine solche Ausgabe nur wenige Arbeiter sich leisten können. Um den Preis herabzusetzen, sollte die „Neue Zeit“ wieder monatlich erscheinen; wenn darunter die Aktualität leidet, so schadet das nicht.

Leitert-Apolda bittet den Antrag abzulehnen. Seit 18 Jahren verfolge ich die Entwicklung der „Neuen Zeit“, Alles gelesen habe ich natürlich nicht; die „Neue Zeit“ darf nicht zu wissenschaftlich gemacht werden. Sie dürfen die „Soz. Monatshefte“ nicht mit der „Neuen Zeit“ verwechseln (Rufe: Thun wir auch nicht!). Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein Sammelpunkt für freie Schriftsteller, die für sozialistische Zwecke Propaganda machen wollen und die entweder schon gute Parteigenossen sind oder es werden wollen. Die „Neue Zeit“ ist ein Partei-Organ, das ganz andere Zwecke erfüllen muß, sie muß aktuell sein und deshalb auch wöchentlich erscheinen. Seit wir Leitartikel haben, die die politische Situation übersehen, ist es für uns möglich, bei ihrem bequemen Format die „Neue Zeit“ in die Tasche zu stecken (Große Heiterkeit), sie mitzunehmen, wenn wir eine Versammlung abhalten und den Artikel auf der Eisenbahn zu lesen (Stürmische Heiterkeit); man findet das lächerlich, das begreife ich nicht, wir stehen doch auch schon 18 Jahre in der Oeffentlichkeit (Verhanden wird 80 Jahre, stürmische Heiterkeit) und ich kenne in Thüringen noch verschiedene Genossen, die es auch so machen wie ich (Große Heiterkeit);

ein großes Heft kann man nicht mit sich herumschleppen, als Monatschrift würde die „Neue Zeit“ ihr Aktualität einbüßen.

Dr. David-Münz: Auch ich bin der Meinung, man sollte den Antrag ablehnen. Wir brauchen eine wissenschaftliche Wochenschrift und daneben eine Monatszeitschrift. Durch die Ausführungen von Kautskly ist klar gestellt, daß das Defizit der „Neuen Zeit“ nicht ver schuldet worden ist durch die „Monatshefte“. Der Vorwurf, daß die nur für die „Monatshefte“ schreibenden Genossen die Zentralkasse in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt haben, Zuschüsse für die „Neue Zeit“ zu leisten, ist also unberechtigt. Es war Adolf Hoffmann, der mit diesem Vorwurf die ganze Frage aufgerollt hat; es ist durchaus falsch, wenn man den sogenannten Revisionisten die Schuld giebt, daß sie diese Erörterung veranlaßt haben. Erst durch die Anschuldigungen von Hoffmann ist die Frage entstanden: worauf beruht denn das Defizit der „Neuen Zeit“, wenn es nicht durch die „Monatshefte“ verursacht ist. Es ist dadurch die Frage nach der finanziellen inneren Lage der „Neuen Zeit“ entstanden, die nun ja in dankenswerther Weise beantwortet worden ist. Aber die Sonne war noch nicht untergegangen über diesen Verhandlungen, da hat schon Jemand geglaubt, er müsse denjenigen, die diese Frage gestellt haben, vor der ganzen Partei den Vorwurf der Verächtlichkeit anhängen. Der Vorwurf, die Verfassenden hätten in unzulässiger Weise hier Fragen gestellt über Dinge, nach denen nicht gefragt werden dürfte, ist in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“... (Große Unruhe.)

Singer (unterbrechend): Ich bedauere sehr, im Rahmen dieser Debatte auf eine Verhandlung darüber nicht eingehen zu können. Ich gebe dem Genossen David anheim, wenn er diese Frage behandeln will, sie zu einem Antrag zu verichten, der wird ordnungsgemäß behandelt werden; im Rahmen dieser Verhandlung kann darauf nicht zurückgegriffen werden. Im übrigen will ich, um weiteren Kontroversen aus dem Wege zu gehen, einen Beschluß des Parteitages herbeiführen, da ich gar keine Lust verspüre, mich mit einem sonst sehr lieben Genossen hier etwa herumzuführen. Wenn der Parteitag anders beschließt, so lege mir gar nichts daran, ich bitte diejenigen, die meiner Auffassung über die Art der Verhandlung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Ich bitte demgemäß zu verfahren.

Dr. David (fortfahrend): Ich weiß eigentlich nicht, was diese Unterbrechung beabsichtigen wollte, ich habe ja gar nichts vor...

Singer: Sie haben eben die „Leipziger Volkszeitung“ zur Hand genommen, um über einen Artikel dieses Blattes, der eine bereits erledigte Frage behandelt, zu sprechen. Das wünschen wir im Rahmen dieser Verhandlung nicht. Ich habe ja gar nichts dagegen, daß die Sache verhandelt wird. Sie brauchen bloß drei Zeilen zu schreiben: „Der Parteitag wolle beschließen, in eine Diskussion über diese Frage einzutreten“. Wenn das beschlossen wird, so kann es geschehen. Bei diesen Verhandlungen aber geschieht es nicht!

Dr. David: Diejenigen, die die Frage nach der finanziellen Lage der „Neuen Zeit“ gestellt haben, haben damit keine verdächtigen Auspielungen machen wollen; sie haben keine Fragen gestellt, die gehalten waren, daß die Verdächtigten sich nicht hätten dagegen verteidigen können. Wenn Sie diese Nebenzeugung theilen, so ist bereits das gesagt, was ich bezüglich der „Leipziger Volkszeitung“ sagen wollte. (Sehr gut!) Mehr wollte ich garnicht sagen, ich wollte nur den ganz unqualifizirbaren Vorwurf zurückweisen, als ob man habe mit dieser Anfrage Verdächtigungen vorbringen wollen, auf die den Angegriffenen die Möglichkeit der Abwehr nicht gegeben worden wäre. So aber sieht es wortwörtlich in diesem Artikel, das ist eine Person, die ich zurückweisen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist, glaube ich, das Nöthige in dieser Sache gesagt worden. Es ist ja aus den Ausführungen hervorgegangen, daß nirgend's goldene Schätze erworben werden, daß bei der wissenschaftlichen Arbeit hüben

wie beliben von kapitalistischen Interessen und demartigen Dingen nicht die Rede sein kann, sondern daß Opfer gebracht werden müssen und gestrichet werden. Wenn Sie in diesem Sinne die Existenz einer anderen Zeitschrift neben der „Neuen Zeit“ ansehen wollen, so war das der Zweck meiner Ausführungen. (Strahl.)

Bogt (kommern): Wenn das Defizit der „Neuen Zeit“ überhaupt gedeckt werden kann, so kann dies nur durch die Annahme des Antrags 47 geschehen. Die „Neue Zeit“ soll nicht nur ein Organ für die Wissenschaftler, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter sein. Ich bin lange Zeit Abonnet der „Neuen Zeit“ gewesen. Als dann die „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen, habe ich auch diese gelesen. Es wird uns aber schwer, beide Zeitschriften anzuschaffen, und ich müßte schweren Herzens mein Abonnement auf die „Neue Zeit“ geben. Es könnten doch alle diejenigen, die für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben, ihre Artikel einfach mit in der „Neuen Zeit“ unterbringen. (Heiterkeit!)

Singer (unterbrechend): Ich bitte, auf diese Frage nicht einzugehen, wie ich in meiner Debatte darüber, ob die „Sozialistischen Monatshefte“ oder die „Neue Zeit“ vorgezogen werden sollen, sondern nur darüber, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift umgewandelt werden soll.

Bogt (fortfahrend): Ich spreche nicht darüber, welches von beiden Blättern vorzuziehen ist, ich will nur bekräftigen eine Umgestaltung der „Neuen Zeit“ in der Weise, daß sie von dem praktischen Agitator benutzt werden soll. Deswegen ziehe ich einen Vergleich zwischen den beiden Blättern, das muß mir unter allen Umständen gestattet sein. (Sehr gut!)

Singer: Im Rahmen unserer jetzigen Diskussion aber liegt das nicht.

Bogt: Sonst wird es einem Arbeiterbelegierten zur Unmöglichkeit gemacht, auf unseren Parteitag hier jemals das Wort zu ergreifen. (Sehr richtig!) Ich ersuche Sie den Antrag 47 anzunehmen.

Grunwald - Erfurt: Warum und in welcher Art diese zum Theil sehr persönliche Debatte über die Einzelheiten der Besoldungsverhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit“ hier angeschnitten wurden und detektivartig provoziert worden ist, darüber wird sich trotz der Ausführungen David's und von Elm's Jeder einen Vers machen können. Die ganze Art, wie die Sache provoziert worden ist, würde ungefähr auf derselben Stufe stehen, als wollten wir uns nach den speziellen Besoldungsverhältnissen des Chefredakteurs der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Herausgebers der „Kommunalen Praxis“, des Sonder-Verichterstatters des „Vorwärts“ nach Brüssel und des Uebersetzers des Edelheim'schen Verlags erkundigen. (Unruhe.) Auf diese Stufe aber wollen wir nicht hinaufsteigen, ich halte es für durchaus unangebracht, daß man in dieser Weise hochverdiente, alle, wissenschaftlich thätige Parteigenossen bezüglich ihrer Wagenfrage auf den Präsentirteller legt. (Große Heiterkeit.) Wenn der Parteitag Grund hat, auf irgend etwas stolz zu sein, so sind es die leitenden Mitarbeiter und die Thätigkeit der „Neuen Zeit“. (Strahl.)

Sader - München: Wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ eine Wochenchrift wären und die „Neue Zeit“ eine Monatschrift, so würde unsehbar der Antrag gekommen sein, die „Neue Zeit“ in eine Wochenchrift zu verwandeln. (Heiterkeit.) Dem Antrage 47 liegt nur der Erfolg der „Sozialistischen Monatshefte“ zu Grunde. Daß aber das Defizit der „Neuen Zeit“ nicht in ihrer Erscheinungsform beruht, das ist schon genügend auseinander gesetzt worden. Ich würde es für Recht halten, wenn dem Parteivorstand ein Fonds zur Verfügung gestellt würde, der es ermöglichte, daß Genossen wissenschaftlich thätig sind auch ohne daß sie einer Redaktion angehören. Die Anregung heute hier zu einem Antrag zu verbieten, halte ich aber nicht für richtig. Es besteht unter den Genossen die Ueberzeugung, daß in der Partei viel zu viel theoretisch

wird, andererseits sind wir eine wissenschaftliche Partei und haben die Verpflichtung, diejenigen Parteigenossen, die wissenschaftlich arbeiten können, in dem Stand zu setzen, wissenschaftlich thätig zu sein, ohne daß sie deswegen in irgend eine Redaktion eintreten müssen. Ich bitte im Uebrigen, den vorliegenden Antrag abzulehnen, da dadurch an den bestehenden Zuständen nicht das Geringste geändert würde.

Burm: Die Anklagen gegen die „Neue Zeit“ entspringen der Anschauung: erstens, daß die Zeitschrift eine solche Erscheinungsform habe, zweitens, daß sie eine Anzahl von Mitarbeitern entbehre, die in eine andere Zeitschrift hinüberflüchten, drittens, daß der Preis zu hoch sei und viertens, daß sie nicht genügend die Interessen der großen Masse der Leser vertrete. Was zunächst den Punkt anlangt, daß die „Neue Zeit“ zu streng wissenschaftlich, zu abstrakt gehalten sei, so muß ich doch die verehrten Genossen bitten, sich die „Neue Zeit“ einmal anzusehen und das Register zu prüfen. Wir werden ja demnächst ein Register herausgeben, das 20 Jahrgänge der „Neuen Zeit“ umfaßt — darin ist eine solche Fülle von Erörterungen praktischer Tagesfragen enthalten, daß sich auf den Raum, der uns zur Verfügung steht, garnicht mehr unterbringen läßt. Es ist früher und auch nach dem Erscheinen der „Sozialistischen Monatshefte“ keine einzige Frage aufgetaucht, die nicht auch von uns behandelt worden wäre und zwar meist von uns zuerst. Wenn es trotzdem eine Anzahl von Personen giebt, die das Bedürfnis empfinden, die „Sozialistischen Monatshefte“ zu lesen, so spielt dabei die Vermuthung eine große Rolle, daß es Leute gebe, die etwas zu sagen haben, was man in der „Neuen Zeit“ nicht sagen kann oder will. Man erwartet in jeder Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ irgend etwas zu finden, was Material für die berühmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte. (Sehr gut! Lebhaftige Zustimmung.)

Singer (unterbrechend): Ich möchte auch diesen Redner bitten, im Rahmen unserer Diskussion zu bleiben. (Sehr gut!)

Burm (fortfahrend): Ich bemühe mich, in diesem Rahmen zu bleiben. Diese Sonderstellung der „Sozialistischen Monatshefte“ ist übrigens in den meisten Fällen nur eine vermuthete; meistens hat diese Vermuthung nicht zugetroffen. Was die Frage der Verbilligung und der damit nothwendig verbundenen Reduzierung des Raumes anlangt, so muß ich als Redakteur der „Neuen Zeit“ sagen, wir wären nicht mehr existenzfähig, wenn wir unseren Raum reduzieren müßten. Wir leiden nicht an Artikelmangel, sondern an Raumangel. Wir müssen viele gute Artikel zurückweisen, weil wir keinen Platz haben. Da hat es sich denn mitunter getroffen, daß die so sehr gerühmten „Monatshefte“ Artikel brachten, die wir vorher zurückgewiesen hatten, theils aus Raumangel, theils aus anderen Rücksichten. (Groll hört!) Wenn es nach meinem Wunsch ginge, so sollten Sie uns gütigst bewilligen, daß die „Neue Zeit“ wöchentlich statt 2 Bogen 3 Bogen gebe. Auch den Vorwurf, daß wir kein Material für die Agitation brächten, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist ferner gesagt worden, daß man die „Neue Zeit“ verbilligen müsse, um sie in weitere Kreise der Arbeiter hineinzubringen. Ja, da müssen Sie mit dem Verleger sprechen und ihm die Möglichkeit zeigen, wie man eine solche Menge Papier, Druck und Inhalt für noch weniger Geld liefern kann. Allerdings die „Sozialistischen Monatshefte“ geben 7 Bogen für 50 Pfg., während wir für 8 Bogen 1 Mk. nehmen. Wir kennen ja das Geheimniß des Verlags der „Monatshefte“ nicht.

Singer (unterbrechend): Ich muß dringend bitten, sich danach zu richten, was vom Parteitage beschlossen worden ist. Ich begreife das Interesse, das Einzelne an der Sache haben, aber das Interesse des Parteitages geht vor.

Burm: Ich kann nicht widersprechen, aber ich konstatire, daß diese Fragen unlöslich mit einander verknüpft sind; ich kann nur darüber sprechen, warum

die „Neue Zeit“ nicht noch mehr Raum für denselben Preis wie jetzt einhalten kann, wenn ich auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Möglichkeit bei den „Monatsheften“ eingehen kann.

Singer: Es steht nicht zur Diskussion, warum die „Sozialistischen Monatshefte“ 7 Bogen für 50 Pfg. geben können. (Heiterkeit.)

Wurm: Es steht aber zur Diskussion, daß wir zu theuer sind, unser Blatt soll verbilligt werden. Wir müssen da doch nachdenken können, daß es uns nicht möglich ist, billiger zu liefern.

Singer: Das haben Sie gethan, indem Sie gesagt haben, man solle den Verleger fragen, ob er mehr Papier, Satz und Druck geben könne!

Wurm: Die Parteigenossen werden mich verstanden haben. Pfarrer Hamnoher sagte, wir sollten noch populärer schreiben, damit uns alle Arbeiterleser verstehen könnten. Es giebt aber Gegenstände, die nicht von Jedermann ohne Vorkenntnisse verstanden werden können. Es ist das Recht einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie die „Neue Zeit“, in jeder Nummer auch solche Dinge zu bringen, die allerdings nur für einen kleinen Theil von Fachgelehrten berechnet sind, die allerdings und ich sind uns darüber klar, daß es das Beste wäre, wenn uns eine monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue geschaffen würde, die nur wissenschaftliche Artikel enthielte und für einen kleinen Leserkreis von 500—600 Personen berechnet wäre. Daneben müßte dann die „Neue Zeit“ ausgebaut werden zu einem Organ, das sich lebendig mit Fragen des Tages und der praktischen Sozialreform beschäftigte. Da wir aber jetzt in der „Neuen Zeit“ ein Konglomerat aller dieser Dinge haben, so müssen wir darin wissenschaftliche und populäre Artikel neben einander bringen. Helfen Sie uns die „Neue Zeit“ auszubauen, aber müthen Sie uns nicht zu, daß wir zu redaktionellen Gepflogenheiten greifen, zu einer Manier des Anreicherungthums, wie sie früher auf dem Rühlendamm üblich war. Solche Gepflogenheiten sind allerdings nicht nach Jedermanns Geschmack. (Bravo und große Unruhe.) Meiner Meinung nach genügt es, wenn man den schriftstellerisch thätigen Genossen die Frage vorlegt: Sag mal, wänneist Du nicht für uns etwas schreiben? Das muß genügen für Jemand, der wirklich ein Interesse an der Sache hat. Aber den Leuten auf die Wade rennen, ihnen Telegramme schicken und Tag für Tag Briefe senden, sie fortwährend animiren, — das ist nicht unsere Sache. Eine Animir-Redaktion haben wir nicht in der „Neuen Zeit“ und wollen sie nicht haben. (Sehr gut.) Ich muß aber doch an das bessere Gedächtniß von Elms appelliren: Ich habe ihn nicht gestern zum ersten Mal aufgefordert, etwas zu schreiben, sondern ich habe ihn im Laufe des vergangenen Semesters mehrmals dazu aufgefordert, da habe ich aber die Antwort bekommen, ich habe keine Zeit, ich bin mit dem Artikel für die „Monatshefte“ beschäftigt. Wenn Sie die „Neue Zeit“ hochbringen wollen, geschieht das am besten dadurch, daß Sie das große Publikum auf den werthvollen Inhalt der „Neuen Zeit“ aufmerksam machen. Wenn es aber vorkommt, daß Artikel aus der „Sozialen Praxis“ und anderen Zeitschriften in Parteiorganen veröffentlicht werden, so möchte ich es für richtiger halten, daß man gute Artikel aus der „Neuen Zeit“ in unserer Parteipresse erwähnen und abdrucken möchte.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, von Engler befristet, von Stadthagen bekämpft, wird abgelehnt.

Bebel: Der Antrag ist von zwei entgegengesetzten Seiten gestellt worden, von Karlsruhe und von Hannover. Von den Hannover'schen Genossen weiß ich, daß sie sich die erdenklichste Mühe gegeben haben, die „Neue Zeit“ zu verbreiten und daß die Hindernisse, die sie dabei gefunden haben, sie zur Stellung ihres Antrages veranlaßten. Von Karlsruhe weiß ich, daß man für die „Neue Zeit“ bisher nichts gethan hat. (Sehr wahr!) Ich weiß sogar, daß man gegen die „Neue Zeit“ agitirt hat. (Hört! hört!) Ja, ich weiß noch mehr, will es aber

nicht sagen. (Gettelt.) Nur die Tendenz des Antrages wollte ich charakterisiren. Im Uebrigen bitte auch ich, den Antrag abzulehnen und es bei dem bisherigen Zustand zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es schwer ist, eine solche Angelegenheit nach kurzer Debatte auf einem Parteitag zu entscheiden, wo wichtige Lebensinteressen der Partei auf dem Spiele stehen, sprechen aber auch sachliche Gründe gegen den Antrag. Der Genosse aus Hannover hat selbst dargelegt, wie unmöglich es für den größten Theil der Arbeiter sei, ein Wochenblatt wie die „Neue Zeit“ bezahlen und lesen zu können. Nun, allen denen, die von diesem Gesichtspunkte ausgehend, das monatliche Erscheinen der „Neuen Zeit“ wünschen, erkläre ich, daß ich ihre Gründe begreife und von ihrem Standpunkt aus billige, aber wir müssen im Auge behalten, daß ein wissenschaftliches Organ, das wirklich auf der Höhe der Zeit steht, niemals so gehalten sein kann, daß es wie heute die Verhältnisse liegen, bei der großen Masse das nötige Verständniß findet. Auf der anderen Seite kommt Mangel an Zeit und Mitteln hinzu. Dem Antrag steht weiter die Thatfache gegenüber, daß bisher die „Neue Zeit“ nicht über Mangel an Stoff klagen konnte, und die weitere Thatfache, daß wir eine wissenschaftliche Revue brauchen, und von diesem Gesichtspunkte aus ist die Erhaltung der „Neuen Zeit“ als Wochenblatt absolut nothwendig. Man sagt, das Defizit ist zu groß, es soll nach Möglichkeit herabgesetzt werden, aber giebt es denn kein Mittel, um Beides zu vereinigen, auf der einen Seite das Defizit herabzusetzen, auf der anderen Seite den Kreis der „Neuen Zeit“ zu erweitern? David und Elm sagten, es sei ihnen mit Unrecht vorgeworfen, daß sie durch ihre Mitarbeit an den „Monatsheften“ die „Neue Zeit“ geschädigt hätten. Auch ich halte diesen Vorwurf nicht für berechtigt, aber durch den Umstand, daß eine Reihe der hervorragenden und bestauntesten Genossen seit Jahren systematisch vermeiden, für die „Neue Zeit“ zu schreiben, erwecken sie den Anschein, als ob sie Gegner der „Neuen Zeit“ sind und ihren Vohott wünschen. (Sehr richtig!) Weiter sage ich: Das Blatt kann sein, wie es will, es kann nicht Jedem gerecht werden, aber wenn die Genossen in der Partei und in den Gewerkschaften es für ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hielten, in ihren Lokalen die „Neue Zeit“ aufzuliegen, sie in ihren Bibliotheken zu halten, sie denjenigen Personen, die die Kämpfe zu führen haben, auf allgemeine Kosten zu liefern oder doch ihnen einen Zuschuß zu gewähren, so wäre es ein Leichtes, über Jahr und Tag 2000 neuer Abonnenten zu haben und das Defizit wäre sehr bald aus der Welt geschafft. (Sehr richtig!) Was nun den angeblich so hohen wissenschaftlichen Inhalt der „Neuen Zeit“ betrifft, so möchte ich mir erlauben, Ihnen den Inhalt von drei Nummern zu verlesen, die ich zufällig, weil ich sie für eine andere Debatte nötig zu haben glaube, mitgebracht habe. Nr. 9 der „Neuen Zeit“ enthält als Berliner Brief einen Artikel „Vorurtheilliche Germanisirung“; ich glaube, es giebt kaum einen Arbeiter, der diesen Artikel nicht versteht. Dann kommt eine Abhandlung von August Bebel: „Kritisches. 1. Wahlreform in Bayern. 2. Das sozialdemokratische Reichstags-Handbuch.“ Von dem ersten Artikel ist sogar in der Bohemik gesagt worden, was der eigentlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu suchen habe; auch glaube ich, meine Artikel leiden nicht daran, daß sie unverständlich sind. (Sehr richtig!) Ein weiterer Artikel von Rosa Luxemburg lautet: „Und zum dritten Male das heilige Experiment.“ Das mag ja Manche nicht interessieren, aber verständlich schreibt die Rosa sehr. (Heiterkeit.) Dann folgt die wirtschaftliche Umschau von Cunow, die sehr verständlich ist, und dann kommt schließlich die literarische Rumbschau. Nr. 17 enthält neben dem Berliner Brief: „Unzeitige Romantik“ einen Artikel von B. Liebnicht: „Minimalkohn und Arbeiter-Beamtenhum“, der sehr interessant ist und den Jeder verstehen wird. Dann folgt Kollwagen: „Zur bayerischen Wahlrechtsreform“, auch sehr verständlich. Der nächste Artikel von Böde: „Die sozialistische Partei Straßens“, leidet gleichfalls nicht an Ueberfluß von wissenschaftlicher

Unverständlichkeit, weiter enthält die Nummer einen Beitrag zur Parteigeschichte in Oesterreich von Stein und einen Artikel von Dieblich: „Von Naturalismus im Roman“. Das ist vielleicht ein Artikel, für den sich nicht Jeder interessiert, aber das kommt doch überall vor, und endlich folgen im Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Kugelmann. Nummer 24 schließlich beginnt mit einem politischen Beitrage: „Ein freistündiger Staatsstreik“; dann folgen: „Galizien, Meißel-Eindrücke und Studien von Karsti“, „Ueber den geistigen Zustand Englands“ von Beer, „Krankenversicherung und Krankentassenwindel“ von Mattutat, „Gamburger Kommunalpolitik“ von Radloff, und die „Wirtschaftliche Umschau“. Alle diese Artikel sind sehr verständlich geschrieben. Diejenigen, die über die „Neue Zeit“ reden, machen immer den Fehler, daß sie ein Monatsheft, das die Produkte eines ganzen Monats enthält, mit einer Wochennummer der „Neuen Zeit“ vergleichen, die doch nur die Produkte einer Woche bringt. Nun seid aber mal so gut und nehmt die Hefte eines ganzen Monats der „Neuen Zeit“ zur Hand und vergleicht diese mit einer Nummer der „Monatshefte“. Erst dann bekommt man einen richtigen Ueberblick und dann steht die Sache anders. Ein Defizit wird, wie bereits gesagt, bei allen derartigen Journalen gemacht; soweit sie nicht auf Sensation berechnet sind, wie etwa die „Zukunft“, giebt es in Deutschland kein Journal, das nicht ein großes Defizit hat, und ich bin überzeugt, mancher Buchhändler wird sich, nachdem er Ausschluß über den finanziellen Stand der „Neuen Zeit“ erhalten hat, sagen: Ich wäre froh, wenn es bei mir nicht schlimmer wäre. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, für den Wandert-Apolda, gegen den Grenz-
Leipzig spricht, wird angenommen.

Persönlich bemerkt v. Elm: Nicht wir haben probozirt, wie Grunwald meint, sondern andere Leute. Jrgend welche Hochprügel auf den Ragen haben wir nicht beachtigt. Das ist von uns ausdrücklich erklärt worden, und unsere Erklärung, daß wir dem Parteivorstand kein Mißtrauen ausdrücken und auch nicht gegen die Redakteure der „Neuen Zeit“ vorgehen wollten, muß uns aufs Wort geglaubt werden. Die Art, wie Grunwald polemisiert, ist ganz ungebührlich. Warum gegenüber bemerke ich, daß das Thema, das ich für die „Monatshefte“ behandelte, von ihm bereits in der „Neuen Zeit“ behandelt war. Durchaus unwichtig ist es, wenn Nebel meint, wir hätten den Eindruck hervorgerufen, als ob wir für die „Neue Zeit“ nicht mehr schreiben wollten. Ich habe immer erklärt: Ich bin bereit, aber ich wünsche, daß ich dann auch aufgefordert werde, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben. Es ist auch eine unangenehme Sache, wenn man in der „Neuen Zeit“ angegriffen wird.

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf nichts Anderes antworten, als was hier in der Debatte gesagt ist.

v. Elm: Ein systematischer Bohlott liegt nicht in unserer Absicht, ich will nur erklären, weshalb ich nicht ohne Aufforderung für die „Neue Zeit“ schreibe.

Singer: Sie haben das Recht, zu erklären, daß Sie keinen Bohlott beabsichtigen, aber die Gründe, weshalb Sie nicht für die „Neue Zeit“ schreiben, können Sie hier nicht anführen.

v. Elm: Damit ist doch noch nichts erklärt.

Singer: Wir scheinen uns über den Begriff der persönlichen Bemerkung nicht einigen zu können. Diese hat keinen anderen Zweck, als das, was über Jemanden in der Debatte gesagt ist, richtig zu stellen.

Hoff-Hoffmann (persönlich): David hat heute zum zweiten Male behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit“ sei durch die „Monatshefte“ entstanden. Ich habe nur gesagt, daß nach meiner Ueberzeugung das Defizit der „Neuen Zeit“ durch den Bohlott einzelner Schriftsteller entstanden sei.

Südekum (persönlich): Die Bemerkungen, die Grunwald gegen mich gemacht hat, entgehen mich eigentlich der Verpflichtung, darauf zu antworten,

weil für Grunwald gemacht hat. (Geisterleit.) Ich möchte nur hervorheben, daß ich die Ueberzeugung der sehr verdienstvollen Arbeit von Wandervelde, die bei Edelheim erschienen ist, vorher zwei Parteiverlegern angeboten habe, die es aber, weil sie glaubten, daß damit kein Geschäft zu machen sei, abgelehnt haben. (Stört, hört!) Ferner möchte ich Grunwald erwidern, daß, wenn er mit Wallfisch und mir sich in das Defizit der „Kommunalen Praxis“ theilen wollte, er uns sehr angenehm sein würde als Dritter im Bunde. (Geisterleit und Sehr gut!)

Seine (persönlich): Kautsky meinte, die Frage nach dem Redaktionsetat der „Neuen Zeit“ sei von Denen angeknüpft, welche die Gehälter der Redakteure zu hoch fänden. Ich bin der, der gerade mit dem Ausdruck Redaktionsetat diese Frage aufgerollt hat. Also geht auch Kautsky's Anzapfung gegen mich. Nach dem Bericht des „Vortwärts“ habe ich gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit“ erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenschrift geworden ist, daß sie sich mit händigen Mitarbeitern belastet hat, die, was ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Ich habe also das Honorar der drei Herren nicht für zu hoch erklärt, sondern das Gegentheil gesagt. Der Zweite, gegen den ich eine persönliche Bemerkung machen muß, ist Wurm. Er hat meiner scherzhaften Benennung Blochs als einen unausgesprochenen Menschen die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unanständigen Einreißthums bezichtigten wollen. Er hat vom Mühlendamm gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich leider nicht selbst verteidigen kann, halte ich es für angebracht zu erklären, daß ich meine Ausführungen nicht so verstanden habe und daß Niemand sie so auffassen konnte. Das ist nur eine der beliebten Verdrehungen gewesen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Ich habe nur sagen wollen, daß Bloch seine Pflicht als eifriger Redakteur thut, um Mitarbeiter zu gewinnen. Das Dritte, worauf ich eingehen muß, ist folgendes. David hat einen Artikel erwähnt und ist dabei, mit Recht, wie ich glaube, von näheren Ausführungen zurückgehalten worden; weil aber dieser Artikel sich auch gegen mich richtet, ist der Glaube entstanden, als ob David in Uebereinstimmung mit mir vorgegangen sei. Um einen Irrthum auszuschließen, möchte ich erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde gehalten habe. (Beifall und Anruhe.)

Grunwald-Erfurt (persönlich): Den einleitenden Miß, den sich Genosse Südekum gegen mich erlaubte und der für ihn sehr charakteristisch war, hat er ja selbst widerlegt und das genügt mir. Was das Uebrige betrifft, das Südekum gegen mich vorbrachte, so war, um es so wie geschehen auszulegen, eben seine Kritik notwendig. Ich habe lediglich die Methode klarstellen wollen, durch die hier die Debatte über die persönlichen Verhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit“ probozirt wurde, was dabei bemerkt, sie wäre genau so, als wenn wir etwa darnach fragen sollen, was Südekum als der Chefredakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ und in seinen weiteren Eigenschaften für Einkommen beziehe. Ob er dabei verdient oder verliert, käme für die Methode der Fragestellung gar nicht in Betracht. Ich habe ja auch gerade betont wollen, daß die leitenden Kräfte der „Neuen Zeit“ in bürgerlichen Verlagen das Dreifache an Gehalt bekommen würden, also in Allem so ziemlich das Gegentheil gesagt von dem, was Südekum glücklich herausgeschrieffelt hat.

David (persönlich): Seine Irrth, wenn er glaubt, ich wollte dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ eine längere Rede widmen. Es war nicht meine Absicht, mehr darüber zu sagen, als ich gesagt habe.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat die Ablehnung des Antrages 47 ist.

Zur Debatte werden gestellt die Anträge 48 und 49.

Geymann-Breslau begründet den Antrag 48. Durch den Inhalt der Inseraten-Beilage fühlen sich viele Parteigenossen verlezt. Ich meine aber, wir sollten doch nicht gar so zimperlich sein. Die „Neue Welt“ kann unter keinen Umständen mehr ohne die Inseraten-Beilage auskommen und es wird den Partei-Zeitungen recht angenehm sein, daß sie jetzt die „Neue Welt“ um 3 Mk. billiger beziehen können.

Fischer-Hannover begründet den Antrag 48: Wir sind in einer gut besuchten Versammlung zu dem Entschluß gekommen, diesen Antrag zu stellen, und zwar weil die Beilage enthält, die sich an solche Leute wenden, die nicht alle werden. So sind z. B. auf das Inserat von Budapest, in dem 360 Artikel für 3 Mk. angeboten werden, eine ganze Reihe von Parteigenossen hereingefallen. Auch bei uns in Hannover hat sich ein Genosse die Sendung kommen lassen, und als sie ankam, mußte er nicht 3, sondern 6 Mk. zahlen. Ähnlich ist es mit den Cigaretteninseraten. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, dann soll die Geschäftsstelle wenigstens eine bessere Auswahl der Inserate treffen.

Die Diskussion über die Anträge 48 und 49 wird eröffnet.

Verard-Hamburg bedauert, daß der Parteitag auch diesmal wieder sich mit einem so überflüssigen Antrag, wie es Nr. 48 sei, zu beschäftigen habe. Denn es sei doch selbstverständlich, daß Parteiblätter Schwindelinserate nicht bringen dürfen. Man habe eine neue Maschine angeschafft, und um für diese Futter zu haben und das Blatt verbilligen zu können, entschloß man sich zur Einführung der Beilage. Diese ist an ein großes Inseratenbureau verpachtet, doch haben wir uns das Recht vorbehalten, alle Inserate zurückzuweisen, die sich nicht mit der Tendenz unserer Blätter vertragen. Das ist auch in umfangreicher Weise geschehen. Man kann aber oft genug nicht sofort feststellen, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalt hat. Ähnliches passiert auch unseren Tagesblättern. Ich kann versprechen, daß in Zukunft Inserate wie die bemängelten nicht mehr aufgenommen werden. Was den Antrag 49 betrifft, so könnte es mir recht sein, wenn er angenommen würde, weil dadurch die Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ sanktioniert wird. Aber es ist fraglich, ob wir sie nächstes Jahr weiter führen können, denn der Pächter hat dieses Jahr sehr schlechte Geschäfte damit gemacht. Wenn wir den jetzigen Bezugspreis beibehalten wollen, müssen wir auch die Inseratenbeilage weiterführen, da wir sonst trotz der Verbilligung der Papierpreise wieder Defizit machen.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Reinhold-Offenbach: Weil man nicht unterscheiden kann, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalt ist oder nicht, sind die Offenbacher der Meinung, daß wir beide Anträge ablehnen sollen. Da die „Neue Welt“ auch bei den Frauen Interesse erregen soll, wäre es gut, wenn mehr als bisher Artikel über Hauswirtschaft, Krankenpflege, Kindererziehung u. gebracht würden. Auch ein guter Theil der Bilder, die jetzt kommen, könnte ganz gut weggelassen. Die Illustrationen der „Neuen Welt“ sollen doch eine Art Anschauungsunterricht sein und so würde es sich empfehlen, Abbildungen von Brückenbauten, Maschinen und dergleichen zu bringen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und der Antrag, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, zum Beschluß erhoben.

Sodann wird der Antrag 51 zur Debatte gestellt.

Saaitz-Randow-Weisenhagen bemerkt zur Begründung dieses Antrages, wer praktisch im Buchhandel thätig sei, müsse finden, daß die Parteischriften im Vergleich zu den Publikationen bürgerlicher Verleger viel zu theuer seien. Das sei besonders beim Arbeiter-Notizkalender der Fall, dessen Preis man ganz gut

herabsetzen könne, da ihn der „Vorwärts“ an die Kolporteurs für 40 Pf. liefert. Was letztere dann einbüßen, wird ihnen durch größeren Absatz ersetzt. Einzelne Gewerkschaftsverbände geben ähnliche Kalender heraus, die sie für 50 Pf. verkaufen, sobald infolge dieser Konkurrenz der Absatz unseres Kalenders immer mehr abnehme. Die Inseratenblätter stören in der Mitte und sollen deshalb an den Schluß des Kalenders gesetzt werden.

Es wird beantragt, den Antrag 51 dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Fischer-Berlin: Mehr Unrichtigkeiten wie der Redner kann man in weniger Worten eigentlich kaum vorbringen. Der Arbeiter-Notizkalender soll im Vergleich zu ähnlichen Publikationen aus bürgerlichen Verlagen zu theuer sein. So weit ich unterrichtet bin, giebt es keinen bürgerlichen Kalender in ähnlicher Ausstattung unter einer Mark (Sehr richtig), unserer kostet nur 60 Pf.; die Auflage ist nicht gesunken, sondern, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, von Jahr zu Jahr gestiegen, die Inserate kommen dem Leser auch nicht in die Quere, sondern befinden sich am Schlusse des Kalendertextes. Vor einer Stunde haben wir lange darüber debattirt, wie das Defizit der „Neuen Zeit“ aus der Welt zu schaffen sei, und jetzt berathen wir darüber, wie wir dem Kalender zum Defizit verhelfen können. (Geisterzeit.) Der Antrag würde zur Folge haben, daß wir auf jedes Exemplar 5 Pf. daraufsahlen; unsere Parteiliteratur frank überhaupt an den gewählten Preisen, so daß wir den Kolporteurs nicht so viel bieten können. (Sehr richtig.) Die nothwendige Konsequenz davon ist, daß sie die Verbreitung der Parteiliteratur mehr und mehr einschränken, nur noch das beziehen, was die Genossen bei ihnen direkt bestellen, und sich Artikel zuwenden, an denen sie mehr verdienen. Wollen Sie eine größere Verbreitung der Parteiliteratur erzielen, so müssen Sie Anträge auf Preiserhöhung stellen, damit die Kolporteurs mehr verdienen. (Zufimmung.) Die Kalender verschiedener Gewerkschaften kosten allerdings nur 50 Pf., sie sind aber keine Konkurrenzunternehmungen gegen die Arbeiter-Notizkalender, sondern auf meinen Vorschlag im Anschluß an unseren Kalender herausgegeben. Daß die Gewerkschaften ihren Kalender billiger abgeben können, liegt auf der Hand; für sie sind die Kalender ein Agitationsmittel, das seinen Zweck erfüllt, wenn es in die Massen der Unorganisirten hinausdringt, um für die Organisation Propaganda zu machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hiermit schließt die Debatte, der Antrag 51 wird abgelehnt.

Die Anträge 53 bis 55 werden gemeinsam berathen, Antrag 53 wird nicht begründet, Antrag 54 begründet.

Rimmel-Hamburg: Die künstlerische Ausstattung der diesjährigen Mai-Zeitung hat wohl allgemein enttäuscht. Gerade bei der Mai-Zeitung, die doch in die Massen bringen soll, müssen wir auf die künstlerische Ausstattung den höchsten Werth legen. In Hamburg hat man in diesem Jahre Wiße darüber gerissen, man glaubte, der Löwe habe den Schnupfen bekommen infolge der schlechten Bitterung. (Geisterzeit.) Der Verlag sollte sich in Zukunft Mühe geben, nur wirklich künstlerische Ausstattung der Zeitung zu bewirken.

Dittrich-Ludwigshafen begründet den Antrag 55. In einer Zeit, wo man bestrebt ist, den Arbeitern das Kunstverständnis beizubringen, müssen wir dafür sorgen, daß unsere Erzeugnisse wirklich werthvoll sind. Leider bleiben dieselben aber hinter dem zurück, was sonst als Grundsatz aufgestellt wird, daß nämlich für die Arbeiter gerade das Beste gut genug ist. Unsere Mai- und Märznummern beweisen vielfach das Gegenteil. Die Ausstattung unserer illustrierten Zeitschriften ist durchaus keine gute. Gewiß kann der Verlag es nicht leichtrecht machen, aber wenn er sich Mühe giebt, wird er auch geeignete Künstler finden und so das Kunstverständnis unter den Arbeitern fördern. Ich bitte Sie,

alle diese Anträge dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, und ich habe den dringenden Wunsch, daß er sie auch wirklich berücksichtigt und nicht bei Seite legt.

Fischer-Berlin: Wenn ich nicht Fischer wäre, würde ich ähnlich geredet haben wie Kimmell. (Geisterleit.) Ich gebe von vornherein zu, daß die ärgere Gestaltung der Mai-Zeitung dieses Jahres dem Bedürfnis der Genossen nicht entspricht hat und auch dem meinen nicht, aber so dürfen die früheren Mai-, Weihnachts- und März-Zeitungen nicht charakterisiert werden, wie es Kritiker gethan hat, als ständen sie weit unter dem, was bürgerliche Verlage auf dem gleichen Gebiete leisteten. Unter diesen Publikationen des Verlags Vorwärts sind Leistungen, die sich dem Besten, was die moderne Kunst gibt, getrost an die Seite stellen können. (Sehr richtig!) Nun ist behauptet worden, der Verlag gebe sich nur nicht die rechte Mühe, um Schriftsteller und Künstler heranzuziehen. Nun, ich kann wohl sagen, daß ich manchmal die Rolle Bloch's, dessen hier so Liebend gedacht wurde, gespielt, unsere Partei-Schriftsteller um Beiträge gebittet und ihnen auf den Pelz gestiegen bin. Von den Malern und Zeichnern rede ich garnicht, die Zahl derer, die hierbei für uns in Betracht kommen, ist nicht sehr groß. Variationen desselben Gedankens, den ein Künstler einmal behandelt hat, muß er schon seines Ansehens wegen ablehnen, immer Neues und Besseres soll gefunden werden. Ist etwas Vortreffliches geleistet worden, so sucht man darüber hinauszukommen und dabei geräth man manchmal in die Brüche. Ich bestreite, daß der künstlerische Werth der Zeichnungen gegen früher zurückgegangen sei. In der Kunst sind ja verschiedene Meinungen möglich; die Einen setzen in der Sieges-Ära den Gipfel der Geschmacklosigkeit, die Andern die Einleitung zu einer neuen Renaissance. (Geisterleit.) In Berlin gibt es Leute, die in Anton v. Werner einen neuen Tizian sehen, in München wieder solche, die sagen, Werner ist genöthigt ein Genie, aber kein Maler, er malt, wie man Stichel schmiert. (Große Geisterleit.) Für Diejenigen, die da meinen, daß das letzte Vorbild der Mai-Zeitung eine unkünstlerische Leistung sei, habe ich das Original der Zeichnung mitgebracht. (Das Bild wird ausgestellt.) Sie werden mit mir einig sein, daß hier einer unserer schönsten Gedanken einen künstlerisch vollendeten malerischen Ausdruck gefunden hat, das Sehnen und Ringen der Menschheit nach Erlösung und Freiheit, ihr Vertrauen in die Freiheit, wenn sie dann endlich in den Kerker eintritt und die Ketten löst. (Zustimmung.) Da sollte man nicht so generaliter aburtheilen, wie es hier geschehen ist. Die Einwände Kimmell's dagegen sind bezüglich äußerer Form berechtigt; auch in sozialdemokratischen Parteigeschäften geht es nicht immer so, wie es gehen sollte; hier haben Sie den ersten Probedruck und hier ist das Bild, wie es schließlich gebracht wurde; der Unterschied ist so auffällig, daß ich vor der Frage stand: soll ich die Mai-Zeitung zurückweisen und einen Prozeß wegen Entschädigung gegen die Druckerei anstrengen, die uns eine lange Reihe von Jahren vortrefflich bedient hat. Die Platten hatten sich unerklärlicher Weise gleich bei Beginn des Druckes stark abgenutzt, die Anstalt, die sie geliefert und die das Beste sonst leistet, erklärt auf unsere Anfrage, sie habe das Beste gethan, was sie thun konnte, aber manchmal sei die Komposition des Metalls derart, daß es keinen starken Druck aushalten könne. Die zweiten Galbano's, die wir sofort bestellten, fielen ebenso aus. Schließlich wurde das Original genommen, das auch verdorben wurde. So litt die Herstellung der diesjährigen Mai-Zeitung unter einer Reihe von Unbilligkeiten, die keiner voraussehen und keiner ändern konnte. Von Ihrer Parteifriedlichkeit erwarte ich, daß Sie alle diese Umstände berücksichtigen und darnach Ihr Urtheil fällen werden. (Beifall.)

Grünwald - Hamburg: Die letzte Nummer der Mai-Zeitung war unter aller Kritik. Fischer hätte nur das derde Urtheil in unserer Mitgliederbesprechung hören sollen. Die Frauengestalt, die die Freiheit vorstellen soll, sieht ganz so aus wie ein Weib mit langem Bart. (Geisterleit.) Das „Goldene Kalb“

auf dem Bilde kann man für eine Art Gemse halten. (Geisterleit.) Künftig werden die Hamburger die Waare erst besehen, bevor sie sie kaufen.

Kiesel-Berlin: Nachdem Freund Fischer selbst erklärt hat, daß er mit der Ausführung der Mai-Zeitung auch nicht einverstanden sei, ist die Sache eigentlich erledigt. An faulen Wigen über das Bild hat es in Berlin auch nicht gegeben. Die Mittelfigur sieht aus wie ein Pfahl mit einem Kopfe darauf. (Geisterleit.) In früherer Zeit hat sich Fischer alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir hatten wunderbare Zeichnungen zum ersten Mai, die von den Genossen als Modell für lebende Bilder benutzt werden konnten. Die Arbeiter sind auch die alten Bahnen gewöhnt. Die neue Kunst begreifen sie nicht ohne weiteres; sie darf daher nicht sofort in großem Umfange eingeführt werden.

Ein Schlußantrag, den Kaitz begründet und Ledebour bekämpft, weil er nachweisen wolle, daß die Schuld für das letzte Matbild nicht auf das Konto der modernen Kunst komme, wird angenommen.

Singer: Die Anträge 53, 54 und 55 wollen dasselbe, sie brücken den Wunsch aus, daß die Kunstzeugnisse unserer Verlage in möglichster Vollendung geliefert werden. Ich schlage vor, in diesem Sinne zu beschließen und so die drei Anträge zu erledigen.

Der Parteitag beschließt dementsprechend. Die weiteren Verhandlungen werden auf Nachmittag vertagt.

Singer verliest das Protokoll der Feststellung des

Wahlergebnisses für den Parteivorstand und die Kontrollenre.

Abgegeben wurden 177 Stimmentzettel, von denen 10 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen bezeichnet waren. Für den Parteivorstand wurden abgegeben: Nebel 176, Singer 175 als Vorsitzende, Gerisch als Kassirer 176, Pfannkuch 177 und Auer 174 als Sekretäre. Außerdem haben erhalten Rosa Luxemburg und Wehring als Vorsitzende je 1 Stimme, G. Braun und A. Fischer als Kassirer je 1 Stimme und Paul Hoffmann 1 Stimme als Sekretär. Als Kontrollenre wurden gewählt: Meißner mit 162 Stimmen, Raden 155, Ehrhart 147, Brühne 146, Bod 143, Roenen 139, Petkin 133, Ged. 109 und Pjarr-Berlin 103 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen als Kontrollenre v. Bollmar 84, David 72, v. Elm 41, Meißner, Hoffmann und P. Müller je 3 Stimmen, Antik, Ledebour und Zubeil je 2 Stimmen, Molkenbuhr, Segis, Wohne, Lehendecker und Lindemann je 1 Stimme.

Singer ersucht die Kontrollkommission, sich sofort zu konstituieren und ihrerseits bekannt zu geben, wen sie als Beisitzer für den Parteivorstand wähle, eine Wahl, die auf Grund des Organisationsstatuts vorzunehmen ist.

Eine Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und Meißner zum Vorsitzenden gewählt hat. Als Beisitzer für den Parteivorstand sind von der Kontrollkommission Ehrhardt - Charlottenburg und Wengels - Berlin gewählt.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Berathung kommt zunächst der Antrag 94.

Emmel-Mühlhausen begründet den Antrag: Das deutsche Reichs-Pressgesetz ist zwar im Allgemeinen im Elsaß eingeführt, aber die Bestimmung, daß Kautionen für politische Blätter gestellt werden müssen, ist beibehalten. Man will dadurch die Entstehung von Arbeiterblättern hindern. Eine Unterdrückung auf Grund des Diktaturparagraphen ist jetzt nicht mehr möglich. Die Gefahr, auf diese Weise ein Blatt zu ruinieren, ist also beseitigt. Es handelt sich bei unserem Antrage nicht um eine Subvention im gewöhnlichen Sinne, sondern